

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.
Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2 M. — vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M. 80 P.



Anzeigenpreis.
Der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 P.;
außwärtiger Preis 15 P. — Ankündigungspreis 30 P.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 146. Für die Schriftleitung verantwortlich: Arthur Jander in Geisenheim a. Rh. Samstag, den 14. Dezember 1918. Druck und Verlag von Arthur Jander in Geisenheim a. Rh. 18. Jahrg.

Zur Einberufung des Reichstages.

Verhandlungen der Abgeordneten.

Die Regierung hat erklärt, die Nachricht von einer „unmittelbar bevorstehenden Einberufung des Reichstages“ entbehre jeder Begründung. Offenbar hat unsere neue Regierung die Kunst zu dementieren von dem alten System getreulich übernommen. Die Regierung versteift sich auf den Ausdruck „unmittelbar“. Wenn es verlangt wird, können wir dieses Wort opfern.

Aber auch bei der Regierung ist man sich, wie wir zu wissen glauben, nicht im Unklaren darüber, daß sie nur für heute sprechen kann und in Geduld abwarten muß, was die Entente morgen über sie beschließen wird.

Die Annahme, daß die Entente für ihre weiteren Verhandlungen mit Deutschland eine feste, von dem Willen des Volkes getragene Regierung verlangen wird, hat nach allen in letzter Zeit aus dem Ausland gekommenen Meldungen die Wahrscheinlichkeit für sich. Da der Wille des gesamten Volkes bis zu den Wahlen der Nationalversammlung nicht klar zum Ausdruck kommen kann, so wäre der Reichstag die einzige Körperschaft, die — als vom gesamten Volke gewählt — bis zur Einberufung der Nationalversammlung die Lücke ausfüllen könnte.

Bei diesen Verhältnissen hat das politische Kabinett bereits wiederholt Stellung genommen zu der Frage, die sich ergeben wird, wenn die Entente auf ihrer Weigerung, mit den jetzigen regierenden Gewalten in Deutschland zu verhandeln, bestehen sollte.

Wenn dann die Frage so lauten würde: Einmarsch feindlicher Truppen oder sofortige Einberufung des Reichstags, so wird wohl oder übel unter dem Druck dieser Verhältnisse die Entscheidung für den Reichstag fallen. Insbesondere hat der Volksbeauftragte Scheidemann in dieser Frage ganz klar für den Reichstag Stellung genommen, während C. v. T. und Landberg sich zurückhaltender verhielten. Die Unabhängigen im politischen Kabinett sind gegen jede Mitwirkung des Reichstages und würden, wenn die Entscheidung für den Reichstag fallen sollte, aus dem Kabinett ausscheiden. Man glaubt auch, daß, wenn der Reichstag wirklich einberufen werden wird, die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Protest seinen Verhandlungen fernbleiben werden.

Ueber die Entscheidung der Meldung von der Einberufung des Reichstages gibt das „Berl. Tageblatt“ folgende Darstellung:

„Angesichts der Meldungen, daß die Entente nicht geneigt sei, mit der gegenwärtigen Regierung in Friedensverhandlungen einzutreten, da diese Regierung nicht als rechtmäßige Vertretung des ganzen Volkes gelten könne, haben zwischen den bürgerlichen Parteien Aussprachen darüber stattgefunden, ob nicht nunmehr eine Einberufung des Reichstages unumgänglich notwendig werden würde. Eine neue Beratung soll im Laufe des Freitag stattfinden. Abgeordnete, die an den bisherigen Verhandlungen teilnahmen, waren der Meinung, daß die Regierung Ebert-Haase gegen einen Zusammenritt des Reichstages nichts einzuwenden haben könnte, falls der Reichstag bereit wäre, sich hinter sie zu stellen und sie somit als Regierung des gesamten deutschen Volkes anzuerkennen. Einige der Herren glaubten, daß die Zustimmung der Regierung schon sicher sei. — Das Demente beweist, daß sie sich in dieser Beziehung geirrt haben.“

Man ist der Meinung, daß es aus bekannten Gründen nicht möglich sein wird, den Reichstag nach Berlin einzuberufen, sondern man will eine Stadt wählen, in der unter allen Umständen ungestörte Verhandlungen möglich sein werden.

In erster Linie dürfte, wenn die Einberufung beschlossen wird, eine Stadt Mitteldeutschlands in Frage kommen.

Der Reichstags-Präsident Fehrenbach ist in Berlin eingetroffen, um die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Die Finanzen des Reiches

Trostlos und unübersehbar.

Auf Einladung des deutschen Industrie- und Handelslages hielt der Staatssekretär des Reichsschatz-amtes, Schiffer, in der Handelskammer Berlin einen Vortrag über unsere Finanzlage, die er als trostlos und unübersehbar schilderte.

Der Steuerbedarf des Reichs, der Einzelstaaten, Gemeinden betrug im Frieden fünf Milliarden, bis zum Oktober hatten wir ihn — unter anderen Verhältnissen als jetzt — auf 19 Milliarden berechnet. Aber

diese ganze Berechnung ist in Scherben.

Wir kennen die Forderungen unserer Feinde nicht, ebensowenig können wir uns als den Schuldner der Forderungen, denen wir gegenüberstehen, klar werden. Wir wissen nicht, wie das Reich aussehen wird, welchen Umfang, welche staatsrechtlichen Verhältnisse in seinen einzelnen Teilen sein werden. Überall unbekannte Größen! Aber eines ist nicht ungewiß: wenn es so weitergeht, dann gehen wir finanziell zugrunde.

Wenn unser Wirtschaftsleben täglich mehr zum Stillstand gelangt, dann werden wir mangels eines Ausbeutungsobjektes auch keine Finanzpolitik brauchen. Wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser, sondern auch die Republik ihr Recht verloren. Was wir haben, müsse gesammelt und durch Arbeit vermehrt werden; sonst verlieren wir unseren Auslandskredit.

Welt über eine Milliarde

sei bereits durch Beschlüsse, Verordnungen oder auch nicht ordnungsmäßig vertan.

Könnte man Kredit haben, müsse Recht und Gesetz wieder eingesetzt werden. Die direkten Steuern würden antihypothetisch ausgebaut, Einkommen und Vermögen würden scharf erfaßt und eine Senkung der Kaufpreise herbeiführen. Strenge Kassations des Kaufmannes werde nötig sein. Die Kriegsabgabe werde wiederholt. Eine neue Kriegsteuer werde neben den Mehrgewinnen auch die Mehreinkommen erfassen. Restlos solle die Ausnutzung der Kriegskonjunktur ergriffen werden. In einem gewissen Teile müßte die Steuer in Kriegsanleihen und Schatzanweisungen gezahlt werden.

Auch Dinge von Wertobjekten

in natura komme in Frage, namentlich bei der Vermögenssteuer. Dazu gesellten sich die Ruwertsteuer, Betriebssteuer, Besitzsteuer, Kapitaleinkommensteuer, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer unter Berücksichtigung der Vermögenslage der Erben.

Die Umsatzsteuer ist ausbaufähig. Tabak, Steuer, Zigaretten, Zunder müßten herab, ebenso Luxusmobiliar, Luxuswohnungen, Luxusdienerschaft, Vergnügungsreisen, Luftfahrten usw. Alle diese Steuerpläne haben eine Voraussetzung, nämlich, daß wir die Steuern auch bekommen. Die Veranlagung muß in die Hand von technisch gebildeten Beamten gelegt werden, wie es schon in Württemberg mit Erfolg geschieht. Auch die Strafen müssen anders gestaltet werden.

wirklich würde die Brandmarkung

sein. Das Eigentum wird nicht mehr wie bisher so sehr Privatsache sein, man wird sich Einblick in sein Vermögen gefallen lassen müssen. Ich denke an eine Auskunftspflicht.

Eine wesentliche Aufgabe der Regierung muß die Hebung der Steuermoral sein. Maßnahmen kündigt Redner gegenüber der Steuer- und Kapitalflucht an, ferner eine Kontrolle von Guthaben von Ausländern mit rückwirkender Kraft, einen Deklarationszwang bei Einbringung von Guthaben bei Banken. Schließlich beschäftigt sich Redner mit der Frage der Beteiligung der Allgemeinheit am Wirtschaftsleben, mit der Frage der Sozialisierung. Eine Gefahr für unser Wirtschaftsleben liegt nach den Erklärungen der jetzigen Regierung, die nur schrittweise vorgehen will, nicht vor. In Betracht kommen das Versickerungswesen, die Wasserkräfte, Reichseisenbahnen, vielleicht auch Elektrizität. Die Sozialisierung bedingt nicht immer Monopolisierung, es können auch einzelne Betriebszweige herangeholt werden, und eine

gemischt-wirtschaftliche Betriebsform ist denkbar. Durch Zusammenfassung der Betriebe in Kartelle kann eine Verbilligung der Produktion erzielt werden, den erhöhten Gewinn hätte der Staat zu erfassen.

Der Staatssekretär wies darauf hin, daß wir uns nur bereit erklärt hätten, Frieden im Sinne der Wilsonschen Friedensvorschläge zu schließen, und er betonte weiter, daß es im eigenen Interesse der Feinde liege, uns nicht zu vernichten: denn ein Schuldner könne nur etwas leisten, wenn man ihm die Möglichkeit gebe, sich neu zu entfalten.

Lloyd George mäßigt sich.

Die bevorstehende Ankunft Wilsons schlägt ihre Wellen voraus. Die Staatsmänner Englands und Frankreichs beginnen einzusehen, daß sie ihr Daz- und Verwüstungsprogramm gegen Deutschland revidieren müssen, wenn sie es nicht zum Bruch mit Wilson treiben wollen. Und das ist nicht möglich. Daher hat als erster jetzt der englische Premier gemäßigtere Töne gefunden.

In einer Frauenversammlung in London sagte Lloyd George zur Frage der Friedensbedingungen: Es muß einen Frieden geben, der zukünftige Kriege unmöglich macht oder doch mindestens erschwert. Es muß ein gerechter Friede sein; die Bedingungen dürfen keine leichten sein, sonst wären sie nicht gerecht; denn leichte Bedingungen würden zu einem neuen Kriege anreizen.

Nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit handelt es sich: ein Friede, der Rache würde nicht Gerechtigkeit sein. Wir dürfen keine neue elisäthothringische Frage haben, aus dem einfachen Grunde, weil wir nur den Fehler Deutschlands wiederholten, was in 50 Jahren das Schicksal Deutschlands finden würde.

Die für die Schrecken des Krieges Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist umso notwendiger, je höher sie stehen. Ohne sie wäre es nicht zum Kriege gekommen. Unser Urteil muß derart ausfallen, daß

Kaiser, Könige und Kronprinzen

für alle Ewigkeit wissen, daß, wenn sie Verurtheilten dieser Art über die Erde bringen, die Strafe unausbleiblich auf ihr Haupt fallen wird.

Lloyd George fuhr fort: Aber das deutsche Volk, das im Kriege sich gut gehalten hat, das mit voller Begeisterung in den Kampf zog und das jetzt über den Sieg jubeln würde, wenn er ihm zuteil geworden wäre, muß auch

zur Verantwortung gezogen werden.

Die Völker müssen wissen, daß sie nicht ungestraft einen Krieg anfangen dürfen.

Ferner müssen wir bei der Festlegung der Friedensbedingungen darauf sehen, daß der Bestand von Millionen, die zum Kriege verleitet und die Herrscher in Versuchung bringen, hinfür nicht mehr gestattet sein darf. Wenn Frieden auf Erden herrschen soll,

darf es in Europa keine großen Heere geben.

Ich bin ein Anhänger des Völkerbundes, weil er ein Mittel darstellt, eine Kriegserklärung zu erschweren.

Auf eine Anfrage, ob die Deutschen aus England ausgestoßen werden sollten, sagte Lloyd George: Ich kann der Fragestellerin versichern, daß auch die Männer der Regierung darauf achten werden. Ich habe wiederholt gesagt, daß nach meiner Ansicht diese Leute die Völkereinführung mißbraucht haben und daß man ihnen nicht eine zweite Gelegenheit geben darf, dies zu tun.

Swischen Krieg und Frieden.

Ultimatum der Entente an Deutschland.

Die „Alln. Volksztg.“ erfährt aus politischen Kreisen:

„Blättermeldungen zufolge beabsichtigt der Vier- verbund, Truppen zur Verrichtung des Polizeidienstes nach Berlin zu schicken. In dem Falle ist mit der Möglichkeit des Einmarsches von Verbandstruppen in Berlin zu rechnen. Wie das Blatt weiter erfährt, wird in Kreisen der Reichsregierung befürchtet, daß der Vier- verbund ein Ultimatum stellen wird, damit auf einer gleichmäßigen Grundlage Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Andernfalls sollen die Amerikaner Berlin mit drei Armeekorps besetzen. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß dieses Ultimatum des Vier- verbundes sehr kurzfristig sein wird, so daß die erst noch zu wählende Nationalversammlung nicht abgewartet werden kann.“

Die französische Besetzung dient Propagandazwecken.

Nach Meldungen aus St. Moold hat General An- tin einen Armeebefehl an die 10. Armee gerichtet, in dem er erklärt, daß er erwarte, daß die Soldaten sich nun, wo sie nach dem Rhein vorrücken, ihrer großen Aufgabe würdig erweisen sollten. Sie müssen Sorge tragen, daß die Bevölkerung der Rhein- gegend selbst die Einberufung an Frankreich wünsche.

Das ganze läuft also auf eine Propagandaausbreitung der französischen Truppen innerhalb der deutschen Grenze hinaus.

Gottseier der Revolution.

Die Regierung plant für den 1. Januar eine große allgemeine Volkseier der Revolution. Es sollen in den Straßen festliche Umzüge, auf allen öffentlichen Plätzen Militärkonzerte, in den Theatern szenische, in den Sälen musikalische Veranstaltungen mit Ansprachen stattfinden. Die Regierung nimmt an, daß die Künstler, Kapellen und Sängerkörpe sich in weitestgehendem Maße an der Durchführung des Festtages beteiligen werden, so daß es möglich wird, dem gesamten Volke die Darbietungen, die keinerlei parteipolitischen Anstrich haben sollen, kostenlos zu machen.

Zur Festnahme von Thälmann und Tinnies.

Das Staatsministerium hat beschlossen, die Unter- suchung der Angelegenheit Thälmann und Genossen mög- lichst zu beschleunigen und sich dann über das Ergeb- nis und die daran zu knüpfenden Folgerungen schließ- lich zu werden. Eine Gastentlassung ist noch nicht erfolgt.

Referat für fremde Völkerrrechtsbrüche.

Die Reichsleitung hat im Auswärtigen Amt ein besonderes Referat eingerichtet, die die deutschen und die fremden Völkerrrechtsbrüche sammeln und prä- sentieren soll.

Englische Erklärungen gegen Deutschland.

Im Laufe einer Rede erwähnte Lloyd George, daß die Interalliierte Kommission, die Deutschlands Fähigkeit, die

Kriegskosten zu zahlen, unterschätzen soll, noch nicht zusammengetreten ist, aber das britische Reichsamt hat seinen Bericht überreicht. Es halte es für möglich.

Die neuen Kriegskosten von Frankreich zu erhalten ohne eine Besatzungsarmee für eine lange Zeitperiode in Deutschland zurückzulassen oder große Posten deutscher Waffen anzunehmen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß von den Alliierten mit wirtschaftlichen und internationalen Mitteln der nötige Druck auf Deutschland ausgeübt werden kann. Sobald der Bericht der interalliierten Kommission vorliegt, wird er der Friedenskonferenz vorgelegt werden, die unsere Forderungen zusammenlegen wird. Diese Forderungen müssen, worin immer sie bestehen mögen,

vor der deutschen Kriegskasse

kommen. Die Alliierten werden in erster Linie die Interessen der Völker berücksichtigen, mit denen Deutschland Krieg führte, nicht die Interessen des deutschen Volkes, das sich dieses Verbrechen gegen die Menschheit schuldig gemacht hat.

Die beste Kritik dieser wahnwitzigen Hehre gibt ein englisches Blatt, die offizielle Westminster Gazette, die schreibt:

„Die Leute, die ihren Wählern erklären, daß sie in dem neuen Parlament für die sofortige Aufhebung der Dienstpflicht stimmen werden, und ihnen versprechen, daß Deutschland bezogen werden wird, alle Rechnungen der Alliierten bis zum letzten Cent zu bezahlen, sind wertlose Demagogen. Ihre Politik würde eine militärische Besetzung Deutschlands auf diese Generationen hinaus und die Behaltung militärischer Einrichtungen in ganz Europa während dieser Zeit erfordern.“

Ausführungen der Belgier in Italien.

Wie die sozialdemokratische Amsterdamer Zeitung Het Volk aus Brüssel meldet, haben am Sonntagabend belgische Soldaten in Italien schwere Ausführungen begangen. Sie plünderten Kaufhäuser, misshandelten Bewohner und erschlugen einen Juristen. Französische Soldaten stellten die Ordnung mit Waffengewalt wieder her.

Schwere Erkrankung der Kaiserin.

Wie Het Vaterland im Haag meldet, ist die sehr heftig deutsche Kaiserin in Amerongen an einem Verleiden sehr ernstlich erkrankt. Ein Berliner Arzt wurde telegraphisch nach Amerongen berufen.

Aus dem besetzten Rheinland.

In Bonn soll demnächst, wie verlautet, der Herzog von Connaught, ein Onkel des Königs Georg von England, eintreffen. Nezt sind dort kanadische Patrouillen eingerückt.

An Koblenz wird voraussichtlich vom 15. d. M. ab ein amerikanisches Armeekommando sein Hauptquartier einrichten. Ein amerikanisches Bataillon hat den Sicherheitsdienst übernommen und die deutsche Wärgewehr aufgelöst. In Koblenz ist ein englisches Infanterieregiment eingetroffen.

Oesterreich-Ungarns Blutopfer.

Nach Aufstellungen Dubascher Blätter hat Oesterreich-Ungarn während des Weltkrieges an Toten, Verwundeten und Kranken vier Millionen Menschen verloren. Die Zahl der Toten allein übersteigt 800.000. Insgesamt sind 13.000 Offiziere gefallen, was 25 v. H. des Offiziersstandes ausmacht. Darunter waren 5 Herzöge, 53 Grafen, 70 Barone, 90 Ritters, 370 Edle. Kein Mitglied der Familie Habsburg und Parma ist jedoch zu Schaden gekommen.

Verurteilung des Grafen Arco in das preussische Handelsministerium.

Auf Veranlassung der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist der bekannte Pazifist Georg Dr. Graf Arco in das Handelsministerium berufen worden. Graf Arco, der Erfinder der drahtlosen Telegraphie, hat als Vorsitzender des Bundes „Neues Vaterland“ während des Krieges die Propaganda pazifistischer Ideen betrieben.

Die Trennung von Kirche und Staat.

In den nächsten Tagen wird im Kultusministerium eine, wie versichert wird, völlig unparteiisch zusammengesetzte Kommission ihre Arbeiten aufnehmen, deren Aufgabe es sein wird, den ganzen auf dem Gebiete der Trennung von Kirche und Staat vorliegenden Fragenkomplex zu erörtern und zu klären. Der Kommission gehört auch eine Anzahl von Geistlichen an.

Ungültigkeitserklärung einer Konkurrenzklause.

Der Inhaber einer Strumpfrepauraturanstalt, Bld. unterhält in Berlin 25 Filialen. Seine Filialleiterinnen, die 150 Mark Gehalt beziehen, müssen sich bei Vermeidung einer Vertragsstrafe von 500 Mk. verpflichten, ein halbes Jahr nach Austritt kein Geschäft ähnlicher Art aufzumachen. Die Filialleiterin L. geriet mit dem Inhaber in Differenzen. Ihr Mann stand zur Zeit im Felde, und um weiter zu existieren, führte sie eine Reparaturanstalt, das ihr die Schwester einrichtete. Das Geschäft mußte bald geschlossen werden, weil die ganze Ware von Einbrechern gestohlen wurde. Trotzdem verlangt B. von der Frau die Vertragsstrafe von 500 Mark. Das Berliner Kaufmannsgericht wies ihn mit seiner Klage ab, indem es die Konkurrenzklause für ungültig erklärte. Das Wettbewerbsgesetz verlange, daß der Prinzipal dem durch die Konkurrenzklause Gebundenen mindestens die Hälfte des Gehaltes für die Zeit der Bindung gewährleisten. Das sei hier nicht geschehen, mithin sei das Konkurrenzverbot hinfällig.

Die Revolutionsfeier verschoben.

Am 1. Januar sollten auf Veranlassung der preussischen Staatsregierung Revolutionsfeiern veranstaltet werden. Das preussische Staatsministerium, das sich am Dienstagabend mit dieser Angelegenheit beschäftigte, hat mit Mehrheit beschlossen, von Revolutionsfeiern am 1. Januar abzusehen. Es ist möglich, daß die Feier auf den 1. Mai verschoben wird.

Die Regierung hat wohl inzwischen andere Sorgen bekommen.

Auflösung der deutschen Vaterlandspartei.

Der Reichsausschuß der Deutschen Vaterlandspartei hat die Auflösung der Partei mit folgender Erklärung beschlossen:

„Getreu ihrem Versprechen ist sich jetzt die Deutsche Vaterlandspartei auf. Nur im ungeteilten Siegeswillen des Volkes sah sie den einzigen Weg zur Rettung. Sie ist stolz darauf, in der ersten Mahnung zu dieser Wille nichts verkannt zu haben.“

Zu rechter Zeit warteten wir das deutsche Wort vor dem Vernichtungswillen unserer Gegner. Man hat uns ausgespottet; heute spüren wir ihn am eigenen Leibe. Wir wünschen wahrhaftig, die Geschichte hätte uns in diesem Sinne nicht recht gegeben. Sie wird uns aber später noch sehr rechtfertigen, wenn man uns auch jetzt verleumdet und beschimpft. Der Geist der Vaterlands-Partei geht nicht unter.

Unsere Lösung war gut, sie ist in jetziger Zeit doppelt nötig. Möge sie die Lösung aller Deutschen sein und werden: Das Vaterland über der Partei!

Locales und Provinzielles.

* Weissenheim, 14. Dez. In diesen Tagen werden den Kindern der Volksschule die durch die verschiedenen Sammlungen bisher erworbenen Gelder in Höhe von etwa 4000 Mark ausbezahlt. Die Eltern werden gut tun, die Verwendung der Gelder zu überwachen und möglichst dafür zu sorgen, daß das Geld erspart wird. Die Schulpfarsche bietet Gelegenheit dazu.

* Weissenheim, 14. Dez. Am Abend des verfloffenen Mittwoch ist hier am Rheine die unverschämte Löhre von Johannisberg beim Kohlenhampfen im Rheine ertrunken. Es ist dies der erste tödliche Unfall, der sich bei dieser gefährlichen Kohlenversorgung hier am Rheine ereignet. Leider ist aber die Versorgung unserer Bevölkerung mit Kohlen eine derart schlechte, daß trotz der großen Gefahr die dies Hampfen der Kohlen mit sich bringt von den Leuten immer wieder versucht wird, sich auf diese gefährliche Art mit Kohlen zu versorgen. Bereits des öfteren wurde von Unfällen berichtet, die aber glücklicherweise immer glimpflich abgelaufen sind. Dieser tödliche Unfall mag deshalb allen Kohlenhampfern als Warnung dienen.

* Weissenheim, 14. Dez. In unserer Nachbarnstadt Rüdesheim sind im Laufe der letzten Woche eine große Menge von Brot, Mehl, Fleischkonserven und anderen Lebensmitteln zur Verteilung gekommen, die die Stadt bei der Auflösung eines Proviantdepots in Bingen erwerben konnte. Durch diese Verteilung sind in unserer Stadt Gerüchte im Umlauf, daß eine ähnliche Verteilung auch für die Stadt Weissenheim bevorstehe. Wir müssen leider diesen Gerüchten entgegenreten, da ihnen eine tatsächliche Unterlage fehlt. Unsere Stadt hat leider von der Auflösung des Proviantdepots in Bingen keine Kenntnis gehabt, sonst wären wir wohl ebenso in der glücklichen Lage die begehrten Sachen zu verteilen. In der letzten Woche sind aber in der hiesigen Lehranstalt Beschlagnahmen von Gemüsekonserven, Fruchtsäften und Marmelade erfolgt. Die Mengen sind aber leider nur verhältnismäßig gering, als daß eine besondere Verteilung vorgenommen werden könnte. Die Obstäfte und eingemachten Früchte werden an Kranke abgegeben, während die Gemüsekonserven bei einer gelegentlichen Verteilung an die Bürgerschaft abgegeben werden soll.

Zu obiger Notiz erhalten wir vom Bürgermeisteramt folgende Erläuterung:

Wie ich erfahren habe, sind in den letzten Tagen in der Stadt Gerüchte im Umlauf gewesen, es seien auf dem Rathause Fleischkonserven verteilt und wären dabei nur die bemittelten Kreise berücksichtigt worden, während die ärmeren, vor allem im Pfläner leer ausgegangen seien. Daraus ist kein wahres Wort. Die Stadt besitzt überhaupt keine Fleischkonserven. Wie das Gerücht entstanden ist, entzieht sich meiner Kenntnis, vielleicht liegt eine Verwechslung mit den vor einiger Zeit auf die Vorstellungen des hiesigen A- und B- Rates von der Lehranstalt abgegebenen Obstkonserven vor, die auf den Beschluß des Lebensmittelausschusses nur auf ärztliche Verschreibung an Kranke abgegeben werden, da die Menge für die allgemeine Verteilung zu gering ist.

Der derartige Gerüchte in die Welt setzt oder weiter verbreitet, bringt in unverantwortlicher Weise Unruhe und Erregung in die Bevölkerung und greift zugleich die mit der Lebensmittelverteilung betrauten Beamten an ihrer Ehre an. Unsere Mitbürger haben reichlich Gelegenheit, sich Klarheit über etwaige Zweifel in der Lebensmittelversorgung zu verschaffen. In erster Linie wird eine in angemessener Form hergebrachte Anfrage beim städtischen Wirtschaftsamt oder dem Bürgermeister stets auf Beantwortung rechnen können. Weiter besitzen wir eine nicht nur aus Mitgliedern der städtischen Körperschaften, sondern auch der übrigen Bürgerschaft zusammengesetzten Lebensmittelausschusses, die schon seit längerer Zeit jede Woche tagt und in der alle wichtigeren Fragen der Lebensmittelversorgung erörtert werden. Jedes Mitglied der Kommission wird gern bereit sein, Auskunft zu erteilen, soweit dies möglich ist, jedes Mitglied ist aber auch in der Lage, in den Kommissionsitzungen Anfragen zu stellen und dadurch Zweifel bei der Bevölkerung aufzuklären. Dasselbe gilt von den Mitgliedern unserer Stadtverordnetenversammlung.

Endlich aber gehört die Überwachung der Lebensmittelverteilung auch zu den Hauptaufgaben des A- und B- Rates, mit dessen Vorsitzenden ebenfalls alle wichtigeren Sachen besprochen werden und dessen Anregungen schon in vielen Fällen gern und mit Erfolg berücksichtigt wurden. Unsere Mitbürger können sich also auch an den A- und B- Rat wenden, der in der Lage und bereit ist, Auskünfte zu erteilen und zu vermitteln.

Auf jeden Fall wird der Magistrat in Zukunft allen Gerüchten, in entschiedenster Weise auf die Spur gehen und gegen die Urheber und Verbreiter mit allen zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos und ohne Ansehen der Person einschreiten. Begründete Klagen werden stets berücksichtigt werden. Der Ruf der städtischen Verwaltung und der städtischen Beamten und Angestellten, die unverdrossen und mit größtem Fleiß die schwierigen und undankbaren Aufgaben der Lebensmittelversorgung bearbeiten, darf aber unter keinen Umständen in gewissenloser oder auch nur unbedachter Weise angegriffen werden. Wer dies tut, macht sich der Verleumdung und Verleumdung schuldig und hat die darauffolgenden Geld- und Freiheitsstrafen zu gewärtigen. Das mögen sich alle die gesagt sein lassen, die ihre Zunge nicht im Zaume halten können.

Bürgermeister Dr. Schneideler.

* Weissenheim, 14. Dez. Diejenigen Mannschaften, die ihre Entlassungs- und ihre Marschgebühren noch nicht erhalten haben, können sich beim Kontrollamt in Wiesbaden Vertramstr. 3. melden, wo die Auszahlung erfolgt.

* Weissenheim 14. Dez. Alle Beschlagnahmen von Fahrrädern, Gummi usw. sind aufgehoben worden, sodaß der Fahrradverkehr nunmehr von jeder Einschränkung wieder befreit ist. Man kann wieder überall radfahren.

An die Herren Weingutbesitzer und Winger!

1. Es wird dringend hierdurch bekannt gegeben, daß der Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bez. Wiesbaden auch in diesem Jahre Geldmittel zur Prämierung kleiner selbständiger Winger und für Hofsleute für langjährige treue Dienste zur Verfügung stehen. Bereits einmal Prämiierte sowie Frauen sind von der Prämierung ausgeschlossen. Ausführliche Anträge sind bis 31. Dez. des Js. an Oekonomierat Ott in Rüdesheim zu richten.

2. Auch gewährt die Landwirtschaftskammer Beihilfen an kleine, bedürftige Winger für im Jahre 1918 neu ausgeführte Drahtanlagen. Den Anträgen, welche ebenfalls an Landes-Oekonomierat Ott in Rüdesheim zu richten sind, sind genaue Angaben über Größe der ausgeführten Drahtanlagen, sowie über die hierdurch entstandenen Kosten anzufügen; ferner ist mitzuteilen, ob die Anlage mit oder ohne Hestvorrichtung ausgeführt worden ist.

Schilling.

Obst- u. Weinbauinspektor der Landwirtschaftskammer.

* Wiesbaden, 13. Dez. Die in Wiesbaden eingetroffenen französischen Besatzungstruppen, veröffentlichten folgenden Aufruf an die Bevölkerung:

Aufruf!

Die alliierte Militärbehörde übernimmt den Oberbefehl im Lande. Sie verlangt von allen den strengsten Gehorsam. Die Gesetze und Verordnungen, die bei Beginn der Besetzung in Kraft waren, werden durch uns gewährleistet, so weit sie unsere Sicherheit nicht gefährden.

Unter der Aufsicht und Leitung der Militärbehörden werden die öffentlichen Verwaltungen aufgefordert, in Tätigkeit zu bleiben.

Die Staats- und Kommunalbeamten sind verpflichtet und angehalten, die ihnen übertragenen Ämter gewissenhaft und in ehrlicher Weise auszuüben; die Gerichte werden weiter Recht sprechen.

Die Einwohner haben sich jeder feindseligen Handlung, sei es in Wort oder Tat, gegenüber den alliierten Behörden zu enthalten. Sie sind verpflichtet, den gefehmäßig auferlegten Requisitionen Folge zu leisten.

Jeder, der eines Vergehens oder eines Vergehens überführt wird, sei er Urheber oder Mitschuldiger, wird sofort verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt.

Jedes Vergehen gegen die der Bevölkerung bekanntgegebenen Erlasse sowie jede Gehorsamsverweigerung werden streng bestraft.

Die Besetzung des Landes durch die alliierten Armeen wird durch diesen Aufruf festgelegt; er bestimmt für jeden seine Pflicht, die darin besteht, an der Wiederaufnahme der örtlichen Verkehrsverhältnisse mit Tatkraft, Ruhe und Disziplin mitzuwirken; möge ein jeder sich eifrig daran beteiligen.

Le Maréchal de France,

Hochkommandierender der alliierten Armeen:

Foch.

Auf Befehl des kommandierenden Generals der Besatzungstruppen veröffentlicht.

Wiesbaden, 13. Dez. 1918.

Der Oberbürgermeister.

* St. Goarshausen 11. Dez. Der kürzlich aus dem Felde zurückgekehrte August Dauer in Vogel geriet beim Dreschen derart in die Dreschmaschine, daß er nach Wiesbaden ins Krankenhaus geschafft und ihm dort ein Bein amputiert werden mußte.

* Herborn 11. Dez. Am Bahnübergang zwischen Buntersdorf und Roth fuhr ein Westerwaldzug in eine marschierende Kolonne. Ein Fuhrwerk wurde überfahren, ein Mann getötet, einer schwer verletzt und die beiden Pferde des Wagens getötet.

* Bad-Nauheim 11. Dez. Heute traten mehr als 300 Abgeordnete als Vertreter der Soldaten des 18. Armeekorps zu einer Tagung zusammen. Anwesend waren ferner Delegierte des Generalkommandos des 18. Armeekorps und der im Korpsbereich gegenwärtig einquartierten 5. Armee. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen. „Die heute in Bad-Nauheim tagende Käteversammlung der Truppen im Bereiche des 18. Armeekorps bekennt sich zur Republik Ebert-Gaase und fordert die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung zur Sicherung und zum Ausbau der Republik. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das unverantwortliche Treiben der Spartafraktionen und verlangt von der Regierung, daß sie ihm sofort mit allen Mitteln ein Ende macht. Als ebenso selbstverständlich betrachtet er die Versammlung, daß auch jeglichem Versuche entschieden entgegengetreten werde, der etwa von rechts unternommen werden sollte, um die soziale Republik zu stürzen.“ Weitere Vorträge hielten Hauptmann Müller vom stellv. Generalkommando des 18. Armeekorps über „Richtlinien für Soldatenräte“ und Oberleutnant Stumpenbach über „Demobilisation.“

Katholische Gottesdienstordnung in Weissenheim.

Sonntag, den 14. Dezember von 4 Uhr an ist Gelegenheit zur heil. Beichte.

Sonntag, den 15. Dezember, 7 Uhr: Frühmesse. 8^{1/2} Uhr: Schulfest. 9^{1/2} Uhr: Hochamt 2 Uhr sakramentalische Andacht mit Umgang.

Mit Ausnahme von Dienstag sind täglich um 7^{1/2} Uhr Novaten.

Wittwoch, Freitag und Samstag sind Quatember.

Nächsten Sonntag in der Frühmesse Generalkommunion des Frauenbundes und aller Frauen.

Sitzungen.

Montag 6^{1/2} Uhr: hl. Messe zu Ehren der Mutter Gottes von der immer währenden Dile.

7^{1/2} Uhr: Amt für Franz Krempel.

Dienstag, 7^{1/2} Uhr: Amt für Friedrich Reist bestellt von seinen Kameraden.

Wittwoch 6^{1/2} Uhr: hl. Messe für Maria Antonia von Angelheim.

7^{1/2} Uhr: Amt für die im Kriege gefallenen Johann Stoll und Martin Fröhlich, bestellt von den Altersgenossen.

Donnerstag, 6^{1/2} Uhr: hl. Messe für Wilhelm Waas.

7 1/2 Uhr: Amt für die Brautleute Gaubach-Schüler.
Freitag, 6 1/2 Uhr: St. Messe für Wilhelm Baas.
7 1/2 Uhr: St. Messe für die Eheleute Georg Medel
Samstag 9 1/2 Uhr: St. Messe für Adam Rath und dessen Sohn
Anton.
7 1/2 Uhr: St. Messe für Andreas Sengler.

Evangelische Gottesdienstordnung in Geisenheim.
Sonntag, den 15. Dez. 1918. vorm. 10 Uhr: Gottesdienst.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Neueste Nachrichten.

TU Trier, 14. Dez. Der Waffenstillstandsvertrag wurde gestern bis zum 17. Januar 1919 verlängert. Diese Verlängerung wird vermutlich durch Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluß der Friedenspräliminarien ausgedehnt werden. Das Oberkommando der alliierten Verbände behält sich vor, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes zu besetzen. Zu Beginn der Sitzung teilte Marschall Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittelkontrolleurs Hower

mit, daß die in Deutschland liegenden 2 1/2 Millionen Tonnen Schiffsräum unter Kontrolle der Alliierten zur Verfügung gestellt werden. Die Schiffe werden selbstverständlich deutsches Eigentum bleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden, um dann der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu dienen. Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln wird durch zwei Kommissionen erfolgen. Die eine, die Lebensmittel ankauft mit dem Sitz in Paris, während die andere sich mit der Kontrolle der Einfuhr befassen wird.

TU Köln, 14. Dez. Laut einer Aufforderung der englischen Polizeiorgane mußte die Kölner Bürgerwehr aufgehoben werden. In einer gestern stattgefundenen Sitzung der Stadtbehörden teilte der Oberbürgermeister mit, daß die Anordnungen der militärischen englischen Behörden tief in das wirtschaftliche, öffentliche Leben und in die persönliche Freiheit der Bürger eingreifen, und daß es von dem Verhalten der Bevölkerung abhängen, daß die Bestimmungen demnächst eine merkliche Milderung erfahren. Er bittet daher der

gesamten englischen Befehl gegenüber mit einer angemessenen Höflichkeit aufzutreten.

TU Haag, 14. Dez. Aus Paris wird amtlich gemeldet. Die französische Rheinflottille ist bereits unterwegs. Sie wird aus Kanonenbooten, Patrouillenfahrzeugen und Patrouillen-Jägern bestehen und einem Kapitän zu See unterstellt sein.

TU Haag, 14. Dez. Heute sind weitere 380 Millionen des russischen Goldes in Paris angekommen und auf der Bank für Frankreich deponiert worden.

TU Amsterdam 14. Dez. Nach einem Telegramm aus Paris an den "Telegraph" beschäftigt man sich in der französischen Presse sehr lebhaft mit der Frage eines Ausganges zum Meere für Elsaß-Lothringen. Es sei sogar die erste Pflicht der Teilnehmer an der Friedenskonferenz für einen Ausgang zum Meere für Elsaß-Lothringen einzutreten. Die franz. Flagge müßte vom Rheine bis zum Meere wehen. Weiter wird man den ganzen Handelsverkehr der jetzt ausschließlich nach Rotterdam und Amsterdam fährt, nach einem französischen Hafen umzuleiten versuchen.

Bekanntmachung.

Zum Zwecke der Aufstellung der Wahllisten zur Nationalversammlung kommen in den nächsten Tagen Formulare zur Verteilung. Die Haushaltungsvorstände werden aufgefordert diese Formulare genau und gewissenhaft auszufüllen und zur Abholung nach drei Tagen bereit zu legen.

Geisenheim, 13. Dez. 1918.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Im Laufe nächster Woche
Wassergelderhebung
Es wird gebeten Geld bereit zu halten.
Geisenheim, 14. Dez. 1918.
Die Stadtkasse.

Bekanntmachung.

Die Besteller welche gestern den Weinzucker noch nicht in Empfang genommen haben werden, hiermit aufgefordert denselben Montag den 16. des Mts. vormittags von 9—11 Uhr im Rathause abzunehmen, andernfalls über den Rest verfügt wird.

Montag den 16. d. Mts. nachmittags von 3—5 Uhr kommen im Rathause:

Gemüse-, Konserven- und Tomatenmarkt
markenfrei zum Verkauf.

Von Donnerstag den 19. d. Mts. an kommt in den Kolonialwarenhandlungen

Kristallsoda

zum Verkauf. Auf die Person entfallen 150 Gr. zum Preise von 18 Pfg. das Pfund. Die Vorlagen der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes Nr. 18 hat am 16. und 17. des Mts. zu erfolgen.

Spätere Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt.
Geisenheim, 14. Dezember 1918.

Der Bürgermeister.

Weihnachts-Verkauf.

Delour-, Samt- u. Filz- Hüte
zu billigsten Preisen

Kinder-Hüte ganz besonders billig
Straußfedern als praktisches Geschenk
in grosser Auswahl preiswert

A. Koerner Nachf.

Glodenplatz 2.

Bekanntmachung.

Im Einverständnis mit der Wirtschaftsstelle, der Abteilung VIa, Frankfurt a. Main, benachrichtigen wir unsere Stromabnehmer, dass zufolge der schlechten Kohlenzufuhr und des sehr geringen Kohlenbestandes wir gezwungen sind, bis zum Eintreffen eines weiteren Kohlenschiffes eine Stromsperre einzuführen, wie folgt: Für den **unteren Rheingau**, einschließlich Eltville, **täglich von früh 8 Uhr, bis Mittag 12 Uhr,**

für den **oberen Rheingau**, einschließlich Neudorf, Rauenthal, Schlangenbad und Georgenborn, **täglich von 12 Uhr Mittag bis 4 Uhr Nachmittag.**

Die Lichtstromlieferung am Abend werden wir, soweit dies irgend möglich ist, aufrecht erhalten.

Werden die Sperrzeiten von den Stromabnehmern nicht beachtet und eingehalten, so sind wir gezwungen, die Netzteile ganz abzuschalten.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G., Eltville a. Rhein.

Grundstücks-Verkauf

Montag, den 16. Dezember 1918, vormittags 11 Uhr

werde ich im Auftrage der Frau Josef Stuhlträger Barbara geb. Gerstadt und deren Kinder zu Klaus bei Winkel die nachstehenden in der Gemarkung Geisenheim belegenen Grundstücke:

1. Weinberg (Kleewast) Platt, 37 Ruten 24 Schuh,
2. Weinberg Spigenlehn, 38 Ruten 28 Schuh,
3. Weinberg Rilsberg, 32 Ruten 86 Schuh,
4. Weinberg Rilsberg, 23 Ruten 88 Schuh,
5. Weinberg Spigenlehn, 47 Ruten 88 Schuh,
6. Weinberg Rilsberg, 21 Ruten 76 Schuh,
7. Acker Rilsberg, 26 Ruten 36 Schuh,
8. Weinberg hintere Breidert, 33 Ruten 92 Schuh,
9. Acker hintere Breidert, 67 Ruten 44 Schuh und
10. Acker hintere Breidert, 21 Ruten

im Rath. Vereinshause (Germania) in Geisenheim öffentlich freiwillig zu fünf Zahlungszielen zum Verkauf ausbieten.

Daran anschließend kommen nachmittags 2 1/2 Uhr im Sterbehause in der Klaus verschiedene Fuhrwerks- und Handwerksgeräte, wie Wagen, Pflüge, Sattelzeug, Traubenschneidmühle, Bütten und dergleichen mehr gegen sofortige Barzahlung zur Versteigerung.

Geisenheim, 10. Dez. 1918.

Joh. Daniel, Kirchenrechner.

Immobilien-Verkauf.

Im Anschluß an das Stuhlträger'sche Güter-Ausgebot am Montag den 16. ds. Monats im Rath. Vereinshause werde ich

1. für Herrn Gutsbesitzer Carl Christ dahier, den Acker und Weinberg im Tal, mit 17 Obstbäumen bepflanzt, zwischen R. Schüller, Spitz und Ansföhrer, 198 Ruten 24 Schuh groß;
2. für Herrn Freiherrn Gottfried von Zwielerlein dahier, den Weinberg jeht Acker im Becht am Rotenberg, pfad, ca. 120 Ruten groß;
3. für Herrn Jakob Wolf dahier, den Garten (Bauplatz) an der Winkelerlandstraße, zwischen Gbr. Strauß und David Hemes, ca. 24 Ruten groß;

zu gleichfalls 5 Zahlungszielen zum Verkauf ausbieten.
Geisenheim, 12. Dezember 1918.

Daniel, Kirchenrechner.

Grundstücks-Verkauf

Montag, den 23. Dezember 1918, vormittag 11 Uhr

werde ich im Auftrage des Herrn Bäckermeisters Friedrich Jamin die nachstehenden Immobilien:

1. Weinberg im Aghenlo, 29 Ruten 89 Schuh,
2. Weinberg im Aghenlo, 28 Ruten 77 Schuh,
3. Weinberg Rilsberg, 22 Ruten 42 Schuh,
4. Weinberg Breidert, 47 Ruten 08 Schuh,
5. Acker Breidert, 4 Ruten 78 Schuh,
6. Weinbergswust Stallen, 22 Ruten 04 Schuh,
7. Weinberg Schorchen, 28 Ruten 77 Schuh,
8. Weinberg Schorchen 41 Ruten 10 Schuh,
9. Weinberg Ries, 38 Ruten 36 Schuh,
10. Weinberg Ries, 41 Ruten 10 Schuh,
11. Acker im Pfänzer 96 Ruten 78 Schuh,

im Rath. Vereinshause (Germania) zu 5 Zahlungs-terminen zum Verkauf ausbieten.
Geisenheim, den 14. Dez. 1918.

Daniel, Kirchenrechner

Arbeiter- und Bauernrat, Geisenheim.

Sonntag Vormittag 10 Uhr:

Versammlung

im Weißen Hof.

ARBEITER

nehmen an die

Geisenheimer Kaolinwerke.

Für die uns anlässlich unserer

Silbernen Hochzeit

erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen
herzlichen Dank.

Wilhelm Weiß und Frau
geb. Köhler.

Aus dem Felde zurück

werde ich mit dem 29. Dezember, an welchem die neue Brotkartenperiode beginnt, meine

BÄCKEREI

wieder eröffnen.

Ich bitte meine Kundschaft mir das frühere Vertrauen wieder entgegenbringen zu wollen und sichere ich beste Bedienung zu.

Konrad Walther III.

Bekanntmachung.

Sonntag den 29. Dezember ds. Jahres mit Beginn der neuen Brotkarten eröffne ich wieder meine

Bäckerei.

Wie früher, so werde ich mich auch jetzt bemühen, meine Kundschaft in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

Geisenheim, 10. Dezember 1918.

Frau Joh. Bapt. Dey Wtw.

Aus dem Felde zurück!

Meiner werten Kundschaft, sowie den geehrten Einwohnern zur gefl. Kenntnis, daß ich mein Geschäft wieder eröffnet habe. Reelle Bedienung, zusichernd, zeichne hochachtungsvoll

V. Kieslich, Schuhmachermeister.

Ein Junge

15—16 Jahre der sich im elektrischen Fach ausbilden will gegen Bezahlung gesucht.

Nhg. Elekt.-Werke
Geisenheim.

Hofmann

für d. Frühmessen-Weinberge gesucht. Näheres bei Kirchenrechner Daniel Geisenheim.

Gesucht Tüchtiges Mädchen

was etwas Kochen kann und Hausarbeit übernimmt für 1. Januar nach Wiesbaden Frau Dr. Schoeneffern. Zu melden möglichst bald bei Frau W. Böhl, Rüdesch. Landstr. 8.

Speisezwiebeln

sind zu haben bei Wendlin Dillmann
Steinheimerstraße.

Hotel, Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

**Gebrauchter
aber gut erhaltener**

Schreibtisch oder Pult

zu kaufen gesucht.

Angebote unter G. W. 899 an die Geschäftsstelle.

Gebrauchte Spielwaren für Knaben und Mädchen

sowie

1 Pelzgarnitur

(Tibet) zu verkaufen.

Rüdesheim,

Geisenheimerstr. 6.

Besuchskarten :: Buchdruckerei Jander

**Prima Schöfferhof
Flaschenbier**
J. Bach (zur Krone).

Aufruf.

Nachdem sich die

Deutsche Volkspartei

gebildet hat, rufen wir zur Sammlung gegen die Klassenherrschaft der Sozialdemokratie auf. Wir fordern die schnellste Einberufung einer

Nationalversammlung

die der neuen Staatsform die verfassungsmäßige Grundlage geben soll. Für die Wahlen zu dieser Nationalversammlung erstreben wir mit allen anderen bürgerlichen Parteien ein Zusammenwirken, und erhoffen eine **enge Vereinigung des gesamten deutschen Bürgertums**. Gemäß der programmatischen Kundgebung der deutschen Volkspartei wollen wir auf dem Boden der durch die Umwälzung geschaffenen demokratischen Staatsform dafür eintreten,

die Reichseinheit zu wahren,

und baldigst **Ruhe und Ordnung im Lande** zu schaffen.

Die **wirtschaftliche Selbständigkeit des Einzelnen** soll und muß auch unter der neuen Staatsform erhalten werden. Der Erhaltung einer freien Bauernschaft auf eigener Scholle, den Wiederaufbau des **Mittelstandes**, insbesondere des **Handwerks**, der Erfüllung berechtigter Forderungen der **Beamten, Privatangestellten und Arbeiter** wird unsere besondere Aufmerksamkeit gelten.

Unsere **sozialen Einrichtungen**, die von keinem anderen Land der Erde erreicht werden, wollen wir behaupten und weiter ausbauen.

Die **Fürsorge für alle Kriegsteilnehmer**, insbesondere für die **Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen** der Gefallenen wird unsere vornehmste Sorge sein.

Die **Sicherstellung der Staats- und Krieganleihen**, der **Sparkasseneinlagen** und der gewährleisteten **Pensionen und Rentenbezüge** erachten wir als selbstverständliche Pflicht.

Die ungeheuren **Lasten des Krieges** müssen gerecht verteilt, den Kriegsgewinnlern die gebührenden Opfer auferlegt werden, für den **Wucher darf es keine Schonung** geben.

Die **deutsche Volkspartei** will treu die alten Ideale hüten, die wert sind, Bestandteile des neuen Volksstaates zu werden.

Die **Religion** wollen wir dem Volke erhalten, und treten insbesondere ein für die Beibehaltung des **Religionsunterrichts in den Schulen**, sowie für die Wahrung der geschichtlichen Rechte der großen Kirchengemeinschaften, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Den hohen Kulturgütern der Wissenschaft und der Kunst wird unsere Fürsorge gelten.

Den **vaterländischen Geist** wollen wir pflegen, um das deutsche Volk in neuer fester Einheit zusammenzufügen, und ihm in dem erstrebten Völkerbund eine geachtete Stellung sichern.

Jeder Gewaltherrschaft treten wir entgegen

und wenden uns auf das schärfste gegen **zwecklose Vergeudung von Geldern der Steuerzahler**.

Kein Stand soll vor dem andern bevorzugt werden. Engste Verbindung aller Schichten unseres Volkes in voller Gleichberechtigung seiner Glieder ohne Unterschied des Geschlechtes, des Besitzes und des Standes wollen wir in **politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit** schaffen.

Alle, die in diesen Bestrebungen mit uns einig gehen — Männer und Frauen, Bürger und Bauern, Handwerker und Kaufleute, Fabrikanten und Arbeiter, Beamte und Angehörige freier Berufe — fordern wir auf in unsere Reihen zu treten.

Deutsche Volkspartei Wiesbaden.

Der vorläufige Arbeitsausschuss:

P. Alt, Kaufmann; **E. Anding**; **W. Bethäuser**, Landesbauinspektor; **E. Broglie**, Lehrer; **H. Burandt**, Consul a. D. u. Stadtrat; **Dr. Degenhardt**, Studienrat; **Dr. Dornblüth**, Sanitätsrat; **Frau Dr. Dornblüth**; **Dr. Diederhoff**, Stadtverordneter; **E. Greiff**, Schlosser; **H. Glücklich**, Kaufmann; **Bernhard Grothus**, Hauptschriftleiter; **Tekla Ilgen**, Lehrerin; **W. Jend**, Schriftleiter; **G. Krücke**, Rechtsanwalt; **Krüger-Velthusen**, Generalmajor; **T. Meier**, Stadtrat; **A. Merz**, Pfarrer; **P. Nickel**, Bankvorsteher; **W. Passavant**, Fabrikbesitzer, Michelbacherhütte bei Michelbach in Nassau; **A. Petitjean**, Verbandsdirektor; **A. Psarrius**, Postsekretär; **A. Schröder**, Handwerkskammersyndikus; **H. Treisbach**, Schuhmachermeister.

Beitritts-Erklärungen von Männer und Frauen zur

Deutschen Volkspartei

sind zu richten an die

Wiesbadener Zeitung, Nikolastraße 11.

Unterzeichneter erklärt hiermit seinen Beitritt zur
„Deutschen Volkspartei“

mit einem Jahresbeitrag von M. _____

Name _____

Stand _____

Wohnung _____

(Straße und Hausnummer)